



## **ERKLÄRUNG des MIT-BUNDESVORSTANDS**

---

**Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU hat sich entschieden gegen den Vorschlag von Jürgen Rüttgers ausgesprochen, die Bezugsdauer des ALG I dem Einzahlungszeitraum der Beitragszahler anzupassen.**

Der Vorstoß von Jürgen Rüttgers würde das Solidarprinzip bei der Arbeitslosenversicherung abschaffen und zu einer Individualisierung der Arbeitslosenversicherung führen. Dies wäre das Gegenteil der bestehenden Solidarversicherung. Man muss sich entscheiden, ob man für eine Solidarversicherung oder für die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung steht. Insofern ist der Vorstoß im Kern unsozial, da unsolidarisch - vor allem gegenüber denjenigen, die die Arbeitslosenversicherung entscheidend finanziell ermöglichen, ohne sie in Anspruch zu nehmen.

Folgt man der Forderung konsequent, dann müssten eigentlich die Beitragszahler, die bspw. 40 Jahre eingezahlt und die Arbeitslosenversicherung nicht belastet haben, die höchsten finanziellen Transferleistungen beziehen. Um auch hier die Balance zwischen Einzahlung und Auszahlung zu erreichen, müsste zum Beispiel eine entsprechende Reduzierung der Beitragszahlung erfolgen, wenn die Arbeitslosenversicherung 10 oder 20 Jahre oder länger nicht in Anspruch genommen wurde. („Schadensfreiheitsrabatt“).

Wenn man die Forderung von Jürgen Rüttgers zu Ende denkt, müsste konsequenterweise die staatliche Arbeitslosenversicherung durch eine private Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, da:

- bei dieser ein Zusammenhang zwischen Einzahlung und Auszahlung besteht
- nach freier Entscheidung ein unterschiedliches Leistungsniveau gewählt werden könnte und
- damit eine unterschiedliche Einzahlungsverpflichtung entstehen würde.

**einstimmig beschlossen am 17.11.2006**